

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gepfaltete Petzzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von A. Graumann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, den 11. Oktober 1881.

Nr. 473.

Deutschland.

Berlin, 10. Oktober. Die Frage der Errichtung eines Reichstagsgebäudes beschäftigt beim Herannahen der Session wiederum die Presse. Es lässt sich in dieser Beziehung nur sagen, dass an dem Plane festgehalten wird, dies Gebäude auf dem Raczyński'schen Plane hier selbst zu errichten und das das lepte Hindernis, welches noch bestand, durch den neulichen Beschluss der Stadtverordneten, das nötige Terrain, so weit es der Stadt gehört, zu dem Zwecke kostenfrei zu überlassen, hinweggeräumt ist.

Zur Mitwirkung bei der bereits erwähnten Vorlage über das Höflichkeitssystem werden dem Unternehmen nach Kommissarien in das Reichsamt des Innern berufen werden.

Im Monat August d. J. wurden auf 47 größeren Bahnen befördert an fahrläufigen Zügen 13,243 Kourier- und Schnellzüge, 89,950 Personenzüge, 53,120 gemischte und 79,986 Güterzüge, an außerfahrläufigen Zügen 3711 Kourier-, Schnell-, Personen- und gemischte Züge und 34,499 Güter-, Materialien- und Arbeitszüge. Es verpasste von den 156,313 fahrläufigen Kourier-, Schnell-, Personen- und gemischten Zügen im Ganzen 2081. Von diesen Verspätungen nur den jedoch 1648 durch das Abwarten verpasster Anschlusszüge hervorgerufen.

Berlin, 10. Oktober. Ueber die Verstaatlichung des Getreidehandels und deren Konsequenzen lesen wir in der „Deutschen Müller-Zeitung“:

Eine bemerkenswerthe Wandlung in den Annalen über die Motive für den Getreidezoll hat scheinbar in letzter Zeit in Regierungskreisen stattgefunden. Der Getreidezoll wurde bekanntlich eingeführt, um die heimische Landwirtschaft vor der überhandnehmenden Konkurrenz des Auslands zu schützen, da diese den Preisstand des Getreides unterdrückte. Der Versuch hat gelehrt, dass die Getreidepreise allerdings höher gegangen sind, doch soll nun nicht der Grund in den Bößen und schlechten Ernteauffällen gesucht werden, sondern vielmehr in dem System der leutigen „Getreide-Spekulation“, und um auch diesem das Handwerk in Lager, soll zur Verstaatlichung des Getreidehandels geschritten werden. — Von den Getreideproduzenten, den Landwirten, wird dieser Idee scheinbar voll und ganz gehuldigt, ohne dass beachtet wird, dass auch gerade für sie dieselbe unliebsame Konsequenzen haben dürfte. — Der Landwirth wäre künftig also gezwungen, sein Getreide an den Staat, und nur an diesen zu verkaufen, und zwar zu einem Preise, welcher ihm von diesem vorgeschrieben wird. Dieser Preis würde nach dem Ernteaufälle bestimmt werden und bliebe für das ganze Jahr bestehen, so dass es nutzlos für den Produzenten wäre, sein Getreide vom Markt zurückzuhalten, da eine günstigere Konkurrenz nicht eintreten kann. Der staatliche Getreidehandel soll aber nach zwei Seiten hin wirken, einerseits soll der Landwirth für seine Erzeugnisse einen Preis erhalten, der seiner Arbeit und Bodenrente entspricht und der unabhängig von dem Preisstande des landwirtschaftlich günstiger stützten Auslands ist, und andererseits soll er dem Konsumenten sein Brot und Mehl zu einem entsprechenden Preis liefern, an dem namentlich Privatspekulation irgend welcher Art keinen Anteil hat. Um nun auch auf dieser Seite das Privat-Interesse der privaten Gewinn (Spekulation in Wehl) unmöglich zu machen, wäre die Verstaatlichung der Mühlen und Bäckereien unausbleiblich. Was nun aber diese Staatsmühlen mit ihren fest angestellten Beamten und Müllern leisten würden, lässt sich leicht denken, wenn man beachtet, dass eine Konkurrenz nicht zu fürchten und auch nicht mehr anstreben wäre; man würde ja auch wohl ein lediglich gutes Mehl fabrizieren, doch mit der Zeit eher zurücktreten als vorwärtsstreben nach Verbesserungen und Perfektionen. Neuanschaffungen und die Beschaffung vollkommener Maschinen würden auf das Neuerste beschränkt werden, da man, um bei dem theuren Beamten-Personale und Betriebe ein rentirendes Geschäft zu haben, nach dieser Richtung am ehesten sparen würde und so lange es irgend ginge, sich mit alten, unmodernen und unvollkommenen Einrichtungen behelfen würde. Auf solche Weise aber wäre unsere rüstig weiter strebende Mühlenbau-Industrie mit einem Schlagelahmgelegt; das so übel beleumdeten Submissions-

wesen würde auch hierin auf die Tagesordnung gesetzt werden, was ein unbedingtes Verkümmern dieser Industrie zur Folge hätte, auf die wir heute mit Recht stolz zu sein allen Grund haben.“

Wir erwähnten gestern kurz die Möglichkeit einer Begegnung zwischen dem Fürsten Bismarck und Gambetta. Der letztere hat sich in den letzten Tagen in Dresden aufzuhalten. Wir lassen dahin gestellt, wohin sich seine weiteren Schritte lenken, glauben aber Angesichts der von manchen Seiten behaupteten Möglichkeit einer Begegnung Gambettas mit dem Fürsten Bismarck, wie eines Ministeriums Gambetta, Betrachtungen Raum geben zu sollen, welche ein Pariser Korrespondent der „Correspondance de Paris“ aus Anlass dieser Eventualitäten anstellt. Wenn nichts Anderes, so ergiebt sich daraus, schreibt die „Post“, in welchem Lichte man in gewissen Kreisen Frankreichs das Ministerium Gambetta und eine etwaige Entrevue betrachtet zu sehen wünscht.

Man schreibt also der „Corresp. de Paris“ Folgendes:

Eine politische Persönlichkeit von kompetenter Autorität teilt mir mit, dass ein Ministerium Gambetta unvermeidlich sei. Gambetta kann diesmal die Minister-Präsidentenschaft nicht ablehnen und die Übernahme der Verantwortlichkeit nicht verzögern, nachdem man ihm schon lange genug die indirekte Verantwortung hat aufdrängen wollen, für die Aktion und für die Unfähigkeit zur Aktion Anderer. Die Presse in den gewissen Kreisen Frankreichs das Ministerium Gambetta und eine etwaige Entrevue betrachtet zu sehen wünscht.

Ein Diplomat, der im Allgemeinen sehr kühn und vorsichtig ist in der Abschätzung der guten Absichten eines Politikers sagte mir Folgendes über die jetzige Stellung Gambettas:

Gambetta kann nicht mehr als Repräsentant der Revanche-Idee angesehen werden. Man vergisst bei Ihnen, dass die politischen Ideen in Frankreich, besonders diejenigen, welche auf das Gebiet der auswärtigen Politik gehören, eine verhältnismäßig nur sehr kurze Lebensdauer haben. Die Phrase von der Revanche ist abgenutzt und nicht mehr modern. Die unzähligen Wiederholungen haben die Popularität der Revanche-Idee umgebracht. Die politische Farbe der Chauvinisten wird jetzt weder in Paris, noch in der Provinz getragen. Das französische Volk ist ein so großer Konsument von Ideen, dass es schon seit geraumer Zeit die Notwendigkeit begriffen hat, sich neue Prinzipien für die auswärtige Politik zu schaffen. Und die neue Grund-Idee, welche in dem Gedankenleben der französischen Nation dominirt, ist die „rage pacifique“, das leidenschaftliche Verlangen, so wenig wie möglich auswärtiger Politik zu bedürfen. Man ist stolz darauf, stark zu sein durch die Armee, welche der Gegenstand der Liebe der ganzen Nation ist. Man wird dabei forschen, Millionen und Millionen für das Armee-Budget zu opfern. Die Bereitwilligkeit des französischen Parlaments gegenüber den Anforderungen des Kriegsministers wird auch fernerhin von den Ministern anderer Staaten als läbliches und nachahmenswertes Beispiel citirt werden. Die öffentliche Meinung in Frankreich ist schon seit langer Zeit bei dem Anfang des Endes der Revanche-Idee angelangt. Das französische Volk selber versteht jetzt ein wenig mehr durch eigenes Nachdenken, dass die Deutschen vielleicht noch vielmehr als sie selber von der sogenannten „rage pacifique“ besessen sind. Die letzten Wahlen haben bewiesen, dass die künftig geführte politische Brille, durch

welche das Kaiserreich Frankreich die auswärtige Politik betrachten will, für immer zerbrochen und ganzlich vernichtet ist. Wenn ein Theil der auswärtigen Presse fortwährend fanatische und komplexe Kombinationen auf der Hypothese der Revanche-Idee aufzubauen und wenn diese auswärtigen Organe immer noch Gambetta als den Apo-

stel dieser absterbenden politischen Idee ansehen, so darf man sich über diesen Irthum nicht wundern. Um zu resümiren: der nationale Willen in Frankreich „la paix sans phrase“, ein würdiger Frieden, garantiiert durch die eigene Kraft und durch eine friedliche Politik. Und Gambetta versteht mit seinem außerordentlichen Schärfschliff nur zu gut die Basis seiner Autorität und seines Einflusses, um sich nicht mit seiner bekannten Energie zum Dolmetscher und Organisator des nationalen Willens zu machen, welcher den Frieden und nochmals den Frieden will. Er kann dies eher wie jeder andere. Ein gentiler Staatsmann wie er, ein politischer Strategie ersten Ranges, der es verstanden hat, die Republik zu popularisieren und zu tonsurieren, wird auch die nötige geistige Elastizität besitzen, um jetzt die Krönung des politischen Ge-

bäudes zu schaffen, dessen Mitgründer er war. Diese Krönung des Gebäudes ist die Popularisierung der Friedens-Idee, und die Organisation des nationalen Willens, der sich nach dieser Richtung hin mit Deutlichkeit manifestiert. Auf diesem Wege ist es möglich, das gefährliche Vorurtheil und die absurde Theorie der Erbfeindlichkeit zwischen Frankreich und Deutschland gänzlich zu verhindern. Fürst Bismarck verdankt viele seiner Erfolge der absoluten Freiheit von Vorurtheilen, welche er als politische Mittel benutzt hat, so lange sie seinen Zwecken nützlich waren. Seine Politik ist daher nicht im mindesten doktrinär. Die Erfahrungen lehren, dass man in Bezug auf Vorurtheile dasselbe von Gambetta glauben muss. Sein Erfolg ist ein hoher, der aber günstig ist für das Wohl seines Landes, weil seine edle Ambition inspiriert ist von dem Geiste der gegenwärtigen Zeit, welche die Revolution verabschaut und die Reform begünstigt. Die gegenwärtigen Zeiten haben keinen Platz mehr für die verderblichen Ambitionen eines einzelnen. Die Chancen und die Grad-Bedingungen zur Errichtung einer neuen Dynastie durch einen Cromwell oder Cäsar sind nicht mehr vorhanden.“

Eine unerwartete Trauerkunde überbringt der Telegraph aus der Hauptstadt Österreichs: Baron Haymerle, der gemeinsame Minister des Auswärtigen, ist gestern Nachmittag 3½ Uhr plötzlich am Herzschlag verschieden. Das Dahinscheiden dieses Staatsmannes wird nicht nur in allen Gauen des Reichs, dem er angehörte und dessen Beziehungen mit den anderen Nationen zu leiten Herr v. Haymerle berufen war, auf das Aufrichtigste beklagt werden, auch im übrigen Europa, besonders in Deutschland, wird die Nachricht mit der allgemeinsten und ungeheuerlichen Thilnahme vernommen werden. Herr v. Haymerle war nicht einer von den gentilen Staatsmännern und zählte sicher nicht einmal zu den hervorragendsten Österreich-Ungarns; tief angelegte und weit ausschauende Konzeption, sein ausgedachte Taktik und überraschende Geschicklichkeit der Ausführung waren nicht die Eigenschaften, die ihn auszeichneten; sein klarer Blick und verständiger Sinn, das jäh Festhalten an dem für richtig und heilig Erkannten und vor Allem die Loyalität seiner Denkweise sind dafür um so lauter zu rühmen. Allen Abenteuer-Politik und allem Experimentiren als old, setzte er dort ein, wo sein berühmter Vorgänger geendet hatte; der innige Anschluss an das kamaradische deutsche Reich, das Hand-in-Hand-Gehen mit dem lehren in den großen Fragen der europäischen Politik, das ihm als ein Verdienst überkommen war: Baron v. Haymerle — das ist sein unvergängliches Verdienst — hat es in dem zwar ungeschriebenen, aber um so festeren Bündnis mit den Nachbarstaaten stabil gemacht. Besonnend und vorsichtig war auch seine Haltung in den Orientdingen, besonnen und vorsichtig seine Stellung — gegenüber Russland. Wenn Österreich-Ungarn aus den ruhigen und gesicherten Bahnen seiner Entwicklung jemals hinausgedrängt werden sollte, so wird es nicht die Schuld v. Haymerle's sein.

Selbstverständlich sind die Kombinationen über seine Nachfolgerschaft bereits im vollen Gange. Die „Trib.“ erhält darüber von einem Wiener Korrespondenten folgende Spezial-Telegramme:

Wien, 10. Oktober, Nachmittags. Als eventuelle Nachfolger des Barons v. Haymerle werden genannt: Benjamin v. Kallay, Graf Emmerich Széchenyi und Graf Ferdinand Trauttmansdorff. Der Wiedereintritt des Grafen Andrássy gilt im gegenwärtigen Moment für unwahrscheinlich.

Wien, 10. Oktober, Abends. Der erste Sekretärchef von Kalay ist vorläufig mit der Führung der auswärtigen Geschäfte betraut.

Ausland.

Wien, 10. Oktober. (Trib.) Nachrichten aus Lemberg zufolge würde die Zweikampfzusammenkunft in Kreuzowice bei Krakau, einem Gut des Grafen Arthur Potocki, stattfinden. Für die Kreuzauer Garnison sollen diesbezügliche militärische Dispositionen getroffen sein.

Paris, 9. Oktober. Der „Figaro“ publiziert heute einen von glühenden Bejubelungen überfließenden Dankesbrief der vielgenannten Veronica Gambetta. Die Erstens dieser Tante Gambettas ist übrigens bisher von keiner Seite in Abrede gestellt worden.

Rom, 5. Oktober. Wie zu erwarten war, haben die Organisatoren der Alliierte volontari das Verbot der Regierung nicht verwenden können, sondern in einem Montag Abend abgehaltenen Kriegsrat beschlossen, die Organisation dieser Garibaldischen Privatarmee aufrechtzuerhalten und die Regierung wegen dieser Bergewaltigung des verfassungsmäßigen Versammlungsrechtes in der Kammer zur Rechenschaft zu ziehen. Ich denke, dass Depretis und General Ferrero diesen Beschluss mit größter Genugthuung begrüßen müssten, weil sie dadurch die passendste Gelegenheit erhalten, den Ernst der Regierung zu zeigen und diesem bedeutsamen Spiel mit Schießgewehren ein für allemal ein Ende zu machen. Dass die Kammern und das ganze Land dies billigen werden, unterliegt keinem Zweifel. Einer gleichen allgemeinen Zustimmung darf die Regierung entgegensehen, wenn sie gelegentlich der bevorstehenden großen Pilgerfahrt der italienischen Klerikale in Gemäßheit des im gestrigen „Dritto“ veröffentlichten Comuniqué vorgeht. Dieses besagt nämlich, dass das Ministerium aus Achtung für das Versammlungsrecht die Pilgerfahrt gestatten zu müssen glaubt, jedoch fest entschlossen ist, zu verhindern, dass sie auf irgend eine Weise in eine Kundgebung gegen die Institutionen Italiens ausartet. Diese Warnung lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und die tapferen Schnapphähne des Klerikalismus werden sie nicht miss verstehen, nachdem sie hiermit erfahren, dass die Polizei ihre Demonstrations-Projekte nicht mehr beschützen wird, wie dies bisher geschah. Die ungeheurenen Räume des exterritorialen Battlans werden ihnen daher hoffentlich zum Austoben ihrer fremmen Leidenschaften genügen und Rom wird in diesem Falle von ihnen ebenso wenig Notiz nehmen als sonst. Welch' ein Glück aber für Italien, wenn Europa Gelegenheit erhält, sich hieraus zu überzeugen, dass Italien endlich einmal eine Regierung besitzt, die sich durch kluge Einsicht und Entschlossenheit als ernst und zuverlässig bewährt.

(Mat.-Ztg.) Rom, 8. Oktober. Zu der bereits erwähnten Attentats-Affäre berichtet man aus Mailand, 6. Oktober: Renz befindet sich in schwerer Haft. Einige offizielle Blätter glauben, Renz habe die ganze Komplottgeschiefe erfunden, um dafür eine Belohnung zu erhalten. Dagegen meldet „Bungolo“ als faktisch, dass während des geographischen Kongresses in Benedig dort Station restante und unter einem anonymen Namen ein Kistchen mit Bomben eingetroffen sei, welches die Polizei jedoch sogleich konfiszierte. Das Attentat sollte daher schon in Benedig zur Ausführung kommen. Indes steht bis jetzt fest, dass hier ein geheimes revolutionäres Komitee existiert, das zugleich die Bombe-Fabrikation betreibt und seine Erzeugnisse dann nach den verschiedensten Städten, auch nach einer nicht-italienischen Hafenstadt an der Adria, versendet.

Provinzielles. Stettin, 11. Oktober. Vom 1. Oktober ab ist bei den königlichen Eisenbahn-Direktionen eine neue Amtsbezeichnung der im Bahnhofsdienst außerordentlich beschäftigten Angestellten eingeführt. Hierach sind folgende Amtsbezeichnungen anzuwenden: 1) Bahnhofsdienst-Angestellter für diejenigen An-

